



[Home](#) > [Menschen](#) > [Interview](#) > [Kontrollierter Cannabis-Konsum](#)

«Ein kontrollierter Cannabis-Konsum ist der goldene Mittelweg»

Der Soziologe Sandro Cattacin ist Präsident einer Genfer Arbeitsgruppe, die Cannabis in Vereinen abgeben will. Diese Idee hat die Hanf-Diskussion in der Schweiz neu entflammt.

Sandro Cattacin, wann haben Sie das letzte Mal gekifft?

Ich finde es bezeichnend, dass Interviews über eine regulierte Abgabe von Cannabis meist so beginnen. Ein solches Coming-out lenkt doch von der Diskussion ab. Zudem kann ich mich auch nicht mehr erinnern; aber ja, ich habe als Mittelschüler auch schon gekifft. Das gehörte damals dazu, wenn man gegen die Gesellschaft oder gegen Autoritäten protestierte.

Und was konsumieren Sie heute?

Wenn ich aufstehe, trinke ich einen starken Kaffee, um aufzuwachen, und abends meist ein Glas Wein, um abzuschalten.

Sie haben mit einer überparteilichen Arbeitsgruppe das Modell «Vereine für CannabiskonsumentInnen» entwickelt. Was muss man sich darunter vorstellen?

Wir wollen Vereine gründen, mit dem Ziel, dass Mitglieder gegen einen Beitrag kontrolliertes Cannabis beziehen können. Mit jeder Person, die dem Verein beitreten möchte, wird im Rahmen eines Gesprächs mit einem Experten eine Kurzanamnese durchgeführt, die es erlaubt, präventive Massnahmen zu ergreifen, falls die Person Abhängigkeitsprobleme hat. Die wöchentliche Bezugsmenge soll auf 20 Gramm beschränkt werden, damit das Risiko des Handels minimiert werden kann.

Ist der Konsum von 20 Gramm pro Woche unproblematisch?

Wo die Grenze für den problematischen Konsum genau zu ziehen ist, ist schwer zu definieren und hängt von verschiedenen individuellen Faktoren ab. Unser Grundsatz ist, dass wir die höchste Bezugsmenge nicht zu tief ansetzen wollen, damit die Vereinsmitglieder nicht Stoff mit einem höheren THC-Gehalt verlangen. Wir gehen davon aus, dass die Mehrheit der Konsumierenden sich sehr wohl bewusst ist, welche Konsequenzen häufiger Cannabiskonsum auf die Arbeitsleistung hat.

M Erschienen in MM-Ausgabe 16
M 14. April 2014

Autor

Silja Kornacher

Fotograf

François Wavre

GUT ZU WISSEN

Naht Teil-Legalisierung?

In der Schweiz kiffen rund 500'000 Menschen. Eine Genfer Arbeitsgruppe will nun den Konsum in sogenannten Vereinen für CannabiskonsumentInnen legalisieren. Im Dezember wurde das Modell den Medien vorgestellt. Aktuell wird die Teil-Legalisierung von Cannabis in verschiedenen Städten und Kommissionen diskutiert: Basel, Zürich, Bern und Winterthur arbeiten an Regulierungskonzepten, die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) hielt fest, dass die aktuelle Verbotspolitik «nicht zufriedenstellend» sei, und diskutiert zwei Konzepte zur schweizweiten Regulierung. Auch die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik hat die Diskussion lanciert. Sie stellt fest, dass ein staatlich regulierter Cannabis-Markt den Schwarzmarkt weitgehend unterbinden würde.

Sandro Cattacin

Was ist mit den gesundheitlichen Risiken, die besonders bei Jugendlichen gross sind?

Es ist bekannt, dass für jugendliche Konsumierende psychoaktiver Substanzen, also auch von Alkohol, die Gefahr höher ist, dass deren Gesundheit Schaden nimmt. Ausserdem scheint das Risiko für einen späteren problematischen Konsum erhöht zu sein. Jugendliche, die bereits im Schulalter Cannabis konsumieren, haben in vielen Fällen Mühe, die geforderte Leistung zu erbringen.

Es geht nicht um eine Legalisierung von Cannabis.

Wie ist die Idee der «Vereine für CannabiskonsumentInnen» entstanden?

Ausgangspunkt war das Thema Sicherheit in der Stadt Genf. Ich wurde von einer überparteilichen Gruppe angefragt, als parteiloser Wissenschaftler die Leitung zu übernehmen. Nach einer ersten Analyse erschien uns das Dealerproblem rund um Cannabis am dringlichsten. Es scheint uns geradezu heuchlerisch, dass der öffentliche Konsum gebüsst wird, während der Konsum zu Hause trotz des Verbots niemanden interessiert. So suchten wir nach innovativen Lösungsansätzen, die Wege aus dieser widersprüchlichen Drogen- und Sicherheitspolitik aufzeigen. Bei den Hearings mit Wissenschaftlern und Betroffenen hat sich gezeigt, dass der kontrollierte Konsum der goldene Mittelweg zwischen Verbot und Legalisierung sein könnte. In Barcelona zum Beispiel funktionieren die «Cannabis Social Clubs» bereits sehr gut.

Bedeutet Ihr Modell eine Regulierung oder eine Legalisierung?

Es geht nicht um eine Legalisierung von Cannabis. Wir setzen uns für die Reglementierung ein, die einerseits den Drogenhandel einschränkt, Jugendliche unter 18 Jahren vor dem Konsum schützt, und auch der Prävention ein starkes Gewicht gibt. Mit einer Cannabis-Steuer könnten solche Präventionsprojekte finanziert werden.

Entstände mit dem Eintrittsalter 18 nicht ein Schwarzmarkt für Minderjährige?

Dem könnte man mit einer Gesetzesverschärfung, die den Verkauf an Jugendliche massiv bestraft, entgegenwirken. Zudem sind Jugendliche für einen Dealer meist gar nicht interessant, weil sie erwiesenermassen nicht zu den Grosskonsumenten gehören.

Glauben Sie, dass der Schwarzmarkt durch die Einführung dieser Vereine verschwinden wird?

Es wäre naiv, das zu behaupten. Doch der Dealermarkt brach schon vor zehn Jahren teilweise zusammen, als begonnen wurde, in Hanfläden Cannabis in Duftsäckchen getarnt zu verkaufen. Ein einfacherer Zugang wird auf jeden Fall den Schwarzmarkt beeinflussen.

Bedeutet legaler Zugang zu Cannabis nicht, dass der Konsum ansteigt?

Studien zum niederländischen Modell zeigen, dass der Cannabis-Konsum mit der Einführung der Coffeeshops insgesamt nicht gestiegen ist. In der Schweiz ist der Cannabis-Konsum aktuell gar rückläufig, denn viele Jugendliche ziehen Drogen vor, die rasch wirken und eher aufputschen, wie beispielsweise Alkohol. Es sieht so aus, als ob der Cannabis-Konsum bei Jugendlichen etwas aus der Mode kommt.

Die Arbeitsgruppe sieht vor, den Konsum weiterhin ausschliesslich zu Hause zu erlauben. Das heisst, dass im Verein selbst nicht geraucht werden darf. Führt das nicht die erwähnte heuchlerische Politik weiter?

Nein, denn es geht darum, den Verkauf zu entkriminalisieren und die Produktion zu kontrollieren. Uns ist es wichtig, dass nur im Privatraum gekifft wird. So entsteht erstens kein Problem mit Passivrauchen im öffentlichen Raum, wie in Parks oder am Bahnhofperron. Zweitens wollen wir verhindern, dass die Leute bekifft mit dem Auto vom Verein nach Hause fahren. Wir wollen mit den Vereinen auch keinen Ort schaffen, der zum Verweilen einlädt, sondern einen Ort, wo man Cannabis beziehen kann.

Wenn jemand abends bei Freunden einen Joint raucht und anschliessend mit dem Auto nach Hause fährt, ist das doch genauso gefährlich.

Ja, das ist so. Deshalb ist eben auch die Prävention so wichtig. Wir geben ja nicht nur Cannabis, sondern auch Informationen ab.



Sandro Cattacin (51) hat italienische Wurzeln und ist im Zürcher Kreis 4 aufgewachsen. Er hat an der Universität Zürich Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaften und Philosophie studiert. Von 1999 bis 2004 war er Direktor des Schweizer Forums für Migration in Neuenburg, seit Oktober 2003 ist er Professor an der Soziologischen Fakultät der Universität Genf. Seit zwei Jahren leitet er eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Sicherheit in der Stadt Genf.



Wo würde Cannabis produziert?

Um die aktuelle Cannabis konsumierende Bevölkerung in Genf abzudecken, bräuchte es 7,5 Tonnen getrocknetes Gras pro Jahr. Das ist mit der bestehenden Infrastruktur durchaus machbar. Die Produktion soll kontrolliert und nach biologischen Standards geschehen. Es handelt sich also um ein interessantes Geschäft für die Schweizer Bauern.

Würde die Schweiz mit der kontrollierten Abgabe nicht zu einem Kifferparadies für Touristen?

Das ist nicht möglich, denn Personen, die ihren Wohnsitz nicht in der Schweiz haben, können sich im Verein gar nicht registrieren.

Was soll nun mit Ihrem Modell geschehen?

Wir werden eine Sonderbewilligung für ein wissenschaftlich begleitetes Experiment für drei Jahre beim Bund beantragen, basierend auf einem Artikel im Betäubungsmittelgesetz, der genau das vorsieht. Erst mit der Durchführung eines solchen Projekts können wir sagen, ob effektiv ein neuer Schwarzmarkt entsteht oder Abhängigkeitsprobleme zunehmen.

Diverse Städte zeigen Interesse für Ihr Modell, sogar die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen begrüsst die Regulierung durch die «Vereine».

Es ist in der Tat so, dass das Genfer Modell vielerorts auf grosses Interesse stösst. Wir waren selber sehr erstaunt, was für ein Lauffeuer unsere Initiative ausgelöst hat. Das ist aber wiederum Ausdruck davon, dass es Zeit ist, pragmatische Lösungen zu suchen oder zumindest einmal auszuprobieren. Wir sind mit Bern, Basel und Zürich in Kontakt, wo ebenfalls Arbeitsgruppen entstanden sind. Ich könnte mir vorstellen, dass andere Städte nachziehen und ebenfalls eine Bewilligung beantragen würden, wenn Genf eine solche für das Experiment vom Bund bekäme.

Was ist mit dem Volkswillen? 2008 wurde die Volksinitiative zur Legalisierung von Cannabis mit 63,2 Prozent abgelehnt.

Die Expertenwelt war für die Legalisierung, die Politikermehrheit lehnte diese jedoch ab. Das hat dann auch die Volksmeinung beeinflusst. Jedenfalls hat die Legalisierung in Portugal, Uruguay und zwei US-Bundesstaaten gezeigt, dass die politische Auseinandersetzung seither pragmatischer geworden ist.

Cannabis-Konsum wird seit Anfang Oktober 2013 nur noch mit einer Ordnungsbusse von 100 Franken bestraft – vorausgesetzt, die Person ist mindestens 18-jährig und trägt höchstens zehn Gramm Cannabis bei sich. Was halten Sie von dieser Regelung?

Sie ist Teil der von uns kritisch beurteilten heuchlerischen Politik. Denn die Ordnungsbussen führen zu einem hohen administrativen Aufwand. Dies widerspricht dem politischen Ansatz, einen präsenten Staat zu haben, der nur dort Bussen verteilt, wo es sinnvoll ist. Auf diese Regelung können sich Cannabis-Dealer einstellen, indem sie einfach nie mehr als zehn Gramm auf sich tragen, und somit maximal eine Ordnungsbusse riskieren.

Das Hauptargument der Gegner ist, dass man mit der Legalisierung von Cannabis auch harte Drogen freigeben müsste.

Cannabis ist erwiesenermassen weit weniger gefährlich als andere Drogen. Das zeigt beispielsweise folgender Vergleich: Sieben Liter Alkohol oder zehn Dosen Kokain oder Heroin hintereinander führen zum Tod. Damit man an einer Überdosis Cannabis stirbt, müsste man über 1000 Joints nacheinander rauchen und würde an Austrocknung sterben.

Würden Sie auch harte Drogen wie Heroin und Kokain legalisieren?

Ich bin kein Befürworter einer Legalisierung, wobei man sich bei Kokain allenfalls überlegen müsste, mit Lösungen zu experimentieren. Die Drogenfrage ist heute komplexer denn je. Vor 100 Jahren gab es 4 bekannte psychoaktive Substanzen, vor 20

Jahren 120, heute sind es bereits gegen 300. Die Gesetzgeber müssen sich also fragen, ob es nicht besser ist, eine Reglementierung psychoaktiver Substanzen einzuführen und intensiv über die Risiken zu informieren, statt immer mehr Verbote aufzustellen.

Kommentar verfassen

4 Kommentare

Florin Aarau [Gast]

*Geschrieben vor
6 Tagen, 14 Stunden*

Hilfe!!! Rettet die Welt! Sollte das Kiffen legalisiert werden so wird die Welt an die beklopten Kiffer untergehen. Kiffer wie Cédric Wermuth haben in der Politik nichts zu suchen und lassen nur "Bullshit" raus. Kanabis in der Medizin ist ok nur die Kontrolle darüber wird schwierig sein.

Silvia Wehrli [Gast]

*Geschrieben vor
1 Woche*

Kiffen soll verboten bleiben. Viele Kiffer verkehren auf der Strasse und gefährden andere Menschen. Die Koordination stimmt einfach nicht mehr. Kiffen ist absolut nicht ungefährlich. Schauen sie mal das Video an: Die Wahrheit über das Kiffen und Fahren. Diese Studien sind echt. Ich kenne Kiffer und die sind im Strassenverkehr sowie auch als "Fussgänger" gefährlich und unberechenbar. Was C.Wermuth anbelangt von ihm ist noch nie was gescheites entstanden.

Anna Habegger [Gast]

*Geschrieben vor
1 Woche*

Hier sind die Schäden vom Cannabiskonsum auf Hirn und Zeugungsfähigkeit völlig ausser Acht gelassen. Wollen wir das den zukünftigen Generationen antun??? Mehr Informationen dazu beim Verein "Sag nein zu Drogen" erhältlich.

Copyright © 2011 Migros-Genossenschafts-Bund. All rights reserved.